

# KLEINRÄUMIGE DATEN

## Ausgewählte Fragestellungen

### 23. Wissenschaftliches Kolloquium

gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft

20. und 21. November 2014 in Wiesbaden

## Geodateninfrastruktur: Anforderungen an die Statistik aus Sicht der Umweltpolitik

Dr.-Ing. Martin Lenk

*arbeitet aktuell im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB). Er ist dort im Referat Z II 3 Informationsmanagement, Statistik und Bibliothek als Referent für das Thema Informationsmanagement zuständig. Zuvor nahm er im Bundesamt für Kartographie und Geodäsie Koordinierungsaufgaben für den Aufbau und den Betrieb der Geodateninfrastruktur Deutschland wahr. Herr Dr. Lenk schloß im Jahr 1994 an der Universität Bremen mit einem Diplom im Fach Geographie ab. Im Anschluss promovierte er im Jahr 2000 an TU Darmstadt im Bereich Bauingenieurwesen.*

Der Beitrag fokussiert auf die Anforderungen des BMUB und seines Geschäftsbereichs an statistische Daten im Kontext einer Geodateninfrastruktur. Einschränkend sei bemerkt, dass die Zuständigkeit des BMUB für den Baubereich des Bundes seit Dezember 2013 in diesem Beitrag nicht berücksichtigt ist.

### Die Umweltpolitik des BMUB und Aufgaben im Geschäftsbereich des Ministeriums

Seit der Einrichtung vor über 25 Jahren verfolgt das Ministerium die umweltpolitischen Ziele, die Bürgerinnen und Bürger vor Umweltgiften und Strahlung zu schützen, einen klugen und sparsamen Umgang mit Rohstoffen zu fördern, einen wirksamen Klimaschutz zu gewährleisten, die Nutzung natürlicher Lebensgrundlagen sicherzustellen und die Vielfalt von Tier-, und Pflanzenarten sowie den Erhalt ihrer Lebensräume zu bewahren. Der Geschäftsbereich, sprich die Behörden des Ministeriums agieren hierfür in verschiedenen Handlungsfeldern:

- Fachliche Beobachtungen und Analysen zur Einschätzung des Ist-Zustands der Umwelt und der Wirksamkeit umweltpolitischer Maßnahmen sowie die Ableitung von Umweltszenarien
- Beratung und Unterstützung der Bundesregierung bei der Erarbeitung umweltpolitischer Maßnahmen, insbesondere bei der Gestaltung notwendiger rechtlicher Regelungen.

Grundsätzlich gilt, dass das Ministerium diesen Aufgaben offen im Sinne einer transparenten Informationspolitik und einer Daseinsvorsorge für Bürgerinnen und Bürger nachkommt.

## Welche Daten und Fakten werden benötigt?

Für spezifische Umweltaufgaben, z.B. der Beobachtung von Klimaschutzmaßnahmen oder des Abfallaufkommens ist der Bedarf an statistischen Daten in der Regel spezifiziert, u.a. im Rahmen des Umweltstatistikgesetzes (16. August 2005, zuletzt geändert am 24. Februar 2012). In der Praxis und im Tagesgeschäft sind die Anforderungen an notwendige Daten aber oft noch nicht geregelt, u.a.

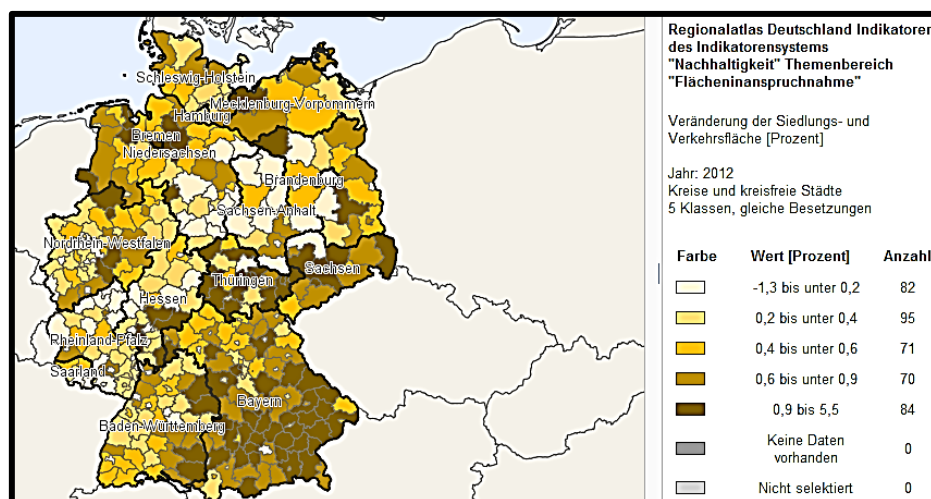
- im Rahmen von Forschungsprojekten, in denen der Datenbedarf ad-hoc definiert wird oder resultierend aus deren Erkenntnissen sich ein erweiterter Datenbedarf ergibt,
- als Folge von politischem Handlungsdruck, z. B. nach Katastrophenereignissen wie der Nuklearkatastrophe von Fukushima 2011 oder der Elbeflut 2013,
- im Zuge innovativer Entwicklungen, wie des Internets, die die Einbeziehung neuer, noch nicht erschlossener Informationen und Verarbeitungsmöglichkeiten mit sich bringen.

## Konsequenzen für die Umweltverwaltung und die amtliche Statistik

Traditionell bedienten sich Umweltverwaltungen klassischer statistischer Methoden, um sie für die Erhebung und Auswertung „eigener“ Daten anzuwenden. Hier ist ein Umdenken oder besser „Weiter“denken erforderlich. Ein wichtiger Impuls geht von der Richtlinie 2007/2/EG, besser bekannt als INSPIRE-Richtlinie, aus. Die Richtlinie hat das Ziel, die Verfügbarkeit von Daten und Informationen für den Zweck einer wirkungsvollen Umweltpolitik in Europa und dessen Mitgliedstaaten zu verbessern. In den Anhängen der Richtlinie werden 34 Themenbereiche genannt, die allgemein im Zusammenhang mit Umweltfragen stehen. Sie reichen von Topographie, Verkehr, Wasser, Schutzgebiete, Geologie, Meteorologie und Umweltüberwachung bis hin zu Versorgungseinrichtungen oder Demographie. Es wird deutlich, dass der Begriff der Umweltdaten und -informationen in der Richtlinie sehr breit gefächert ist und viele Fachdomänen inklusive die der Statistik mit einbezieht.

Für die Umweltverwaltungen des Bundes und der Länder bedeutet dies, die bisher klassischen Fachverfahren in Bezug auf Informationsgewinnung und -verarbeitung zu überdenken, im Sinne einer Erweiterung bzw. Weiterentwicklung. Mehr und aktuellere Daten aus unterschiedlichen Fachdomänen, wie sie die INSPIRE-Richtlinie in den nächsten Jahren verspricht, sollten letztlich zu besseren Informationen und zu einer wirkungsvolleren Umweltpolitik führen.

Für die amtliche Statistik bedeutet dies, bei der Datenaufbereitung und -bereitstellung mit interoperablen technischen Standards und Formaten zu arbeiten. Die statische Umsetzung der technischen Vorgaben aus der INSPIRE-Richtlinie reicht allerdings nicht aus. Ein optimaler Nutzen kann sich dann entfalten, wenn die fachlichen Interessen und Ziele von amtlicher Statistik und von Umweltverwaltung im Zusammenhang betrachtet werden und über den Datenaustausch hinaus neue Kooperationsfelder erwachsen. Die Themen Demographie, Gesundheit, Flächennutzung oder Verkehr bieten hierbei ein reichhaltiges Potential für gemeinsame Wege. Die vielen Informationsportale für Umwelt und Statistik, z.B. der Regionalatlas Deutschland, der Atlas des Agrarstatistik oder das Geographische Informationssystem Umwelt (GISU) des Umweltbundesamtes können von einer synergetischen Weiterentwicklung über Behördengrenzen hinweg nur profitieren.



Beispiel einer Umweltkarte im Regionalatlas Deutschland von Bund und Ländern, hier zum Thema Nachhaltigkeit am Beispiel Flächennutzungsänderung.